



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 339 Postulat Estermann Rahel und Mit. über neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Rahel Estermann hält an ihrem Postulat fest.

Rahel Estermann: Demokratie heisst bekanntlich «Herrschaft des Volkes». Wir als demokratischer Staat stehen stets vor der Herausforderung, die ganze Bevölkerung in ihrer Breite zu repräsentieren. Das heisst, dass wir anstreben müssen, dass möglichst viele mitreden können und möglichst viele Stimmen gehört werden und die Vielfalt unserer Demokratie gestärkt wird. Die breite Partizipation ist eine stete Herausforderung, das wissen wir als Politikerinnen und Politiker aus unserem Alltag. In den letzten Jahren wurde die Herausforderung noch grösser. Schockiert haben wir vor knapp drei Wochen in die USA geschaut, als die Demokratie beim Sturm auf das Kapitol ins Wanken gekommen ist. Wenn Gruppierungen in Parallelwelten abdriften, wenn man keine gemeinsame Öffentlichkeit mehr hat und wenn man sich in einer Demokratie nicht mehr gehört fühlt, dann ist dies für die Demokratie gefährlich. Auch wenn man nicht immer gleicher Meinung ist, ist es zwingend nötig, an den gleichen Tisch zu sitzen und die Debatten nach demokratischen Spielregeln zu führen. Wir sind zum Glück nicht die USA, aber auch bei uns ist die Integration in unsere Demokratie in den letzten Jahren eine grössere Herausforderung geworden. Es gibt immer noch ganz viele Gruppierungen, welche in unseren Institutionen formell nicht mitreden können, zum Beispiel viele junge Menschen, die in den letzten Jahren auf der Strasse für das Klima demonstriert haben, oder die über 20 Prozent Ausländerinnen und Ausländer in unserem Kanton, welche von unseren Entscheiden genauso betroffen sind wie wir Schweizerinnen und Schweizer. Wir haben in unserem Rat schon einige Stunden über die politische Kultur diskutiert. Rund 35 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Kanton Luzern sind nicht in unserer Regierung vertreten, obwohl diese eine Konkordanzregierung sein sollte. Das Gute ist, dass unsere direkte Demokratie mit neuen Instrumenten ergänzt werden kann. Digitale Kanäle bieten grosse Chancen, so könnten mehr Personen mitreden. Wir sind heute ganz oft digital unterwegs und können die Bevölkerung dort abholen. Zudem kann man auf diesen Wegen mehr als Ja oder Nein sagen und differenziert Stellung nehmen. Man kann einen Dialog viel einfacher pflegen, als das über Abstimmungen möglich ist. Auch kann der Kanton die digitalen Wege nützen, um transparenter und direkter mit der Bevölkerung zu kommunizieren. Das alles stärkt unsere Demokratie, und es gibt keinen Grund, vor mehr Demokratie Angst zu haben. Ich freue mich, dass der Regierungsrat dieses Anliegen anerkennt und im Zusammenhang mit der Digitalisierungsstrategie anschauen will. Das ist nicht grundsätzlich falsch. Trotzdem halte ich an meinem Postulat wegen des Umfangs und des Tempos fest. Ich habe die Befürchtung, dass es in der Digitalisierungsstrategie dann doch nur bei einem kleinen Abschnitt bleibt, in dem es um die demokratische Partizipation

geht. Dabei ist diese ein so wichtiges Fundament für unsere Politik im Kanton Luzern, dass ihr mehr als ein Abschnitt gewidmet werden sollte. Zudem vergeht noch mindestens ein Jahr, bis die Digitalisierungsstrategie kommt. Auch die Ausarbeitung einer eigenen Strategie dauert eine gewisse Zeit, aber man kann einiges konkreter in Angriff nehmen. Darum beantragt Ihnen die G/JG-Fraktion, das Postulat erheblich zu erklären. Es freut mich, wenn Sie dies unterstützen, Sie haben heute schon einige Male die Wichtigkeit der Demokratie betont.

Meta Lehmann: Ich bin der Meinung, dass sich die Politik dort bewegen sollte, wo sich die Menschen aufhalten, und das ist heute sehr oft in der digitalen Welt. Deshalb ist es wichtig, dass der Kanton die Bevölkerung auch auf digitalem Weg anspricht und über diesen Kanal in politische Prozesse einbezieht. Die öffentliche Vernehmlassung zur Klima- und Energiepolitik zeigt, dass der Kanton gewillt ist, die digitalen Kanäle zu nutzen. Nun gilt es damit Erfahrungen zu sammeln und die Instrumente weiterzuentwickeln. Damit das systematisch und koordiniert geschieht, braucht es eine Digitalisierungsstrategie. Corona hat uns ein massiv höheres Entwicklungstempo bei der Digitalisierung der Gesellschaft beschert. Ich hoffe, dass die Digitalisierungsstrategie dieses Tempo berücksichtigt und nutzt. Gerade in Pandemiezeiten ist es für die Aufrechterhaltung der politischen Partizipation unumgänglich, dass diese auch im digitalen Raum stattfindet. Rückmeldungen zu einer Vorlage digital über eine Plattform eingeben zu können, ist sehr gut und zielführend, spannend wird es jedoch dann, wenn es noch viel früher in einem politischen Prozess gelingt, die Menschen einzubinden. Das Postulat zielt genau darauf ab. Es sollen neue Möglichkeiten entstehen, um über Mitwirkungs- und Ideenplattformen die Menschen einzubeziehen. Die SP fordert, dass der Kanton eine Vision dazu entwickeln soll. Diese neuen oder erweiterten Formen der Demokratie sollen eine breitere Bevölkerung als bisher in die politischen Prozesse einbeziehen. «Inklusion» ist für die SP dazu das Stichwort. Die Digitalisierung soll den barrierefreien Zugang zur partizipativen Demokratie im Kanton unterstützen. Wir wünschen uns, dass nicht einfach bisher analoge Prozesse eins zu eins digitalisiert werden, denn die Digitalisierung gibt uns die Chance, mit neuen Instrumenten und Prozessen die Möglichkeiten der partizipativen Demokratie zu erweitern. Der SP ist es wichtig, dass diesen visionären Aspekten der Digitalisierung im Kanton besonderes Gewicht gegeben wird. Deshalb unterstützen wir die Erheblicherklärung des Postulats. Sollte das Thema der erweiterten Formen der partizipativen Demokratie schliesslich nur in die generelle Digitalisierungsstrategie aufgenommen werden, werden wir genau prüfen, ob die neuen Möglichkeiten dort genügend Gewicht erhalten.

Daniel Rüttimann: Die Forderungen im Postulat sind sehr interessant und nachvollziehbar. Es werden gute Inputs und Ideen geliefert, erst recht in der aktuellen Zeit rund um Covid-19, welche einen nicht zu erwartenden Digitalisierungsschub mit sich gebracht haben. Mit dem fast einstimmig erheblich erklärten Postulat P 95 wurde vor rund einem Jahr, am 3. Dezember 2019, ein umfassender Planungsbericht über die kantonale Digitalisierungsstrategie eingefordert. Die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, dass das interessante Anliegen dieses Postulats in den Planungsbericht aufgenommen werden soll. Seitens der CVP-Fraktion erachten wir es ebenfalls nicht als zielführend, jetzt zusätzlich eine eigene Strategie nur über erweiterte Partizipationsformen zu erstellen. Die Kombination mit dem im Jahr 2021 versprochenen Planungsbericht macht absolut Sinn, ist zweckmässig und zudem zeitlich bestens aufeinander abgestimmt. Die CVP ist sehr interessiert an einer modernen Demokratie, an einer guten politischen Informations- und Partizipationspraxis und an einer modernen zukünftigen Umsetzung der Digitalisierung. Somit sind wir gespannt auf den angekündigten Bericht über die Digitalisierungsstrategie. Die CVP-Fraktion wird für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats stimmen.

Philipp Bucher: Die verschiedenen Formen der Mitbestimmung – also die demokratischen Rechte – und die staatspolitischen Prozesse sind gesetzlich geregelt. Es ist eine Tatsache, dass sich diese grundsätzlich bewährt haben. Es ist heute schon einfach möglich, Ideen und Anliegen einzubringen, als Gemeindepräsident habe ich das sehr oft erlebt. Politische Integration breiter Bevölkerungskreise, sachpolitisch nachhaltige Lösungen, Stabilität,

Kontinuität und Legitimität sind Strukturmerkmale der direkten Demokratie in unserem Land. Das hat der Bundesrat so festgehalten und ebenso der Stadtrat Luzern. Das setzt aber auch voraus, dass jede und jeder das Interesse aufbringt. Ob hier die Digitalisierung tatsächlich nachhaltig breite Kreise motiviert? Die parlamentarische Gruppe «Digitaler Wandel» organisierte kürzlich ein Referat von Matthias Stürmer. Eine Erkenntnis daraus ist, dass sowohl in der Digitalisierungsstrategie des Bundes als auch zum Beispiel in jener des Kantons Zürich die politische Partizipation ein Thema ist, aber nur eines unter sechs bis acht weiteren. Bei der überwiegenden Mehrheit geht es um einen einfachen Zugang zum Leistungsangebot und zu Informationen und um die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmerinnen und Unternehmern bestätigen das deutlich. Das Ziel der kantonalen E-Government-Strategie ist, die Verwaltungstätigkeit mithilfe der Informations- und Kommunikationstechnologie so bürgernah wie möglich zu gestalten. Unter den Online-Dienstleistungen von A bis Z auf der Homepage des Kantons Luzern haben Sie zum Beispiel Zugriff auf 108 Dienstleistungen von A wie Formulare zur Abwasserbehandlung bis Z wie Eingaben an das Zwangsmassnahmengericht. Kanton und Gemeinden treiben das Projekt gemeinsam voran. Das Online-Leistungsangebot der Luzerner Gemeinden ist breit gefächert, zudem bestehen schon weitere digitale Informations- und Partizipationsplattformen. Die Regierung hält in der Antwort fest, es sei nicht sinnvoll, die Thematik der erweiterten Formen partizipativer Demokratie separat zu behandeln. Der Regierungsrat hat bereits den Auftrag erhalten, einen Planungsbericht über die kantonale Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten. Deshalb ist es aus Sicht der FDP richtig, dem Antrag der Regierung zu folgen und das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Simon Howald: In den letzten Jahren hat sich der partizipative Ansatz in der Privatwirtschaft stark verbreitet, nicht zuletzt dank der fortschreitenden Digitalisierung. Immer öfter werden die Kunden in den Produkteentwicklungsprozess eingebunden, um das Produkt noch kundenorientierter und dadurch noch erfolgreicher zu gestalten. Das ist zwar kurzfristig mit zusätzlichem Aufwand verbunden, lohnt sich jedoch langfristig für das Unternehmen. Im politischen Umfeld gibt es bezüglich Partizipation noch Luft nach oben. Durch neue, geeignete partizipative Ansätze kann die politische Mitbestimmung feingranularer und breiter abgestützt erfolgen. Nach Meinung der GLP-Fraktion sollten wir die ganze Wohnbevölkerung des Kantons Luzern zu Wort kommen lassen, auch nicht volljährige und ausländische Personen. Durch die digital unterstützte Partizipation erlangen wir mehr Transparenz und schnellere, informellere und günstigere Rückmeldungen zu aktuellen Themen. Jedoch macht es nach Meinung der GLP keinen Sinn, eine separate, losgelöste Teilstrategie für diesen Aspekt der Digitalisierung zu erstellen. Vielmehr möchten wir dieses Thema im umfassenden Planungsbericht über die kantonale Digitalisierungsstrategie sehen. Dieser Bericht ist für dieses Jahr versprochen. Wir zählen auf den Regierungsrat, dass er dieses Thema in seinen Planungsbericht integriert und das Potenzial der Digitalisierung weitgehend ausschöpft. Die GLP-Fraktion ist für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Angela Lüthold: Die Postulantin verlangt einen stärkeren Einbezug der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen; aktuelle Bevölkerungsumfragen und Diskussionen über die politische Kultur würden das aufzeigen, und digitale Kanäle würden neue Möglichkeiten eröffnen. Es stimmt, dass die Digitalisierung neue Möglichkeiten bringt, sie birgt aber auch Risiken. Auf vielen verschiedenen Kanälen wie VotInfo oder dem digitalen Dorfplatz kann sich die Bevölkerung heute schon informieren und einbringen. Der Kanton Luzern verfügt seit über zehn Jahren über eine E-Government-Strategie. Mit dem Projekt «Digitaler Kanton» hat der Kanton Luzern sich das Ziel gesetzt, die wichtigsten Leistungen und Prozesse online abrufbar zu machen. Ein umfassender Planungsbericht über die Digitalisierungsstrategie des Kantons wurde uns für dieses Jahr versprochen. Der kommende Bericht soll über den Umgang mit Daten, die Sicherheit und Weiteres Auskunft geben. Aus unserer Sicht wäre es aber auch wichtig, dass die Risiken wie Missbrauch aufgezeigt würden. Eine fortwährende digitale Handhabung kann auch zu Missverständnissen führen, weil keine Kommunikation im Sinn des gesprochenen Wortes mehr stattfindet. Vergessen wir nicht den Anteil der

Gesellschaft, der sich mit der Digitalisierung schwertut und unter Umständen gar nicht über die nötige Infrastruktur verfügt. Wie die Regierung in ihrer Antwort schreibt, ist es nicht sinnvoll, die aufgezeigten Themenfelder zusätzlich separat zu behandeln. Weil das Postulat P 339 in den Planungsbericht von Postulat P 95 eingebunden werden kann, unterstützt die SVP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Wir beantragen Ihnen die teilweise Erheblicherklärung. Das Thema ist auch für den Regierungsrat wichtig, aber wir sehen in einer separaten Strategie keinen Mehrwert. Wie es von mehreren Sprecherinnen und Sprechern gesagt wurde, macht es Sinn, dies in die kantonale Gesamtstrategie zu integrieren, die aufgrund des stark unterstützten Postulats P 95 erarbeitet wird. Wir bedanken uns für die teilweise Erheblicherklärung.

Der Rat erklärt das Postulat mit 67 zu 29 Stimmen teilweise erheblich.